



Zur Sache! Was die AfD wirklich will



weiterdenken
HEINRICH BÖLL STIFTUNG SÄCHSEN

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
STIFTUNGSVERBUND

Welche Alternative?

Gegen »Altparteien«, »Genderismus« und »Systemmedien« – die Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) stellt sich dar, als wäre sie die einzige Alternative. Doch was für eine Alternative wäre das?

Die AfD gibt sich mal bürgerlich und konservativ, mal als Protestpartei, mal als Stütze des Mittelstandes, mal offen nationalistisch, mal als Stimme der »kleinen Leute«, mal als Tabubrecherin. Vielen fällt es deswegen schwer, eine klare Haltung zur AfD zu beziehen. Darf man die rechts nennen? – Ja, man darf.

Die AfD hat Verbindungen zu Neonazis und (ehemaligen) NPD-Mitgliedern, zur extrem rechten Identitären Bewegung und zu Burschenschaften. Ihre Jugendorganisation, die »Junge Alternative«, betrifft das mindestens genauso.¹

Und die AfD macht keine gute Politik für »kleine Leute«: weder für Geringverdienende noch für Familien. Die AfD vertritt rassistische Positionen, die mit demokratischen Prinzipien nicht vereinbar sind. Das betrifft nicht nur Einzelpersonen wie den Thüringer Abgeordneten Björn Höcke², der hetzerische Reden hält. Das Grundsatzprogramm von 2016 enthält Forderungen, die Personen wegen ihrer Herkunft benachteiligen und ausschließen. Es ist ein ultra-rechtes Programm und dahinter steht die ganze Partei. Daher schaut dieses Heft vor allem in das Grundsatzprogramm (GP), das Bundeswahlprogramm und Aktivitäten der AfD in Parlamenten.

Die folgenden Seiten sollen zum Weiterlesen, Nachdenken und Diskutieren anregen, denn: Wer sich mit Rechtspopulismus auseinander setzen will, sollte nicht bei der AfD stehen bleiben. Es braucht eine Debatte darüber, was Demokratie ausmacht, und wie wir Solidarität und Teilhabe in der Gesellschaft leben können.

Inhalt

Sicherheit für wen?	4	Steht die AfD hinter dem Recht auf Asyl?	26
Alternative für Frauen?	6	Asylrecht ist Menschenrecht	28
Akzeptiert die AfD Homosexualität?	8	Was heißt Integration für die AfD?	30
Gender-Mainstreaming: Die feministische Gefahr?	10	Schützt die AfD die Umwelt?	32
Wie sozial ist die AfD?	12	Welche Kultur will die AfD fördern?	34
Wer gewinnt in der AfD-Steuerpolitik?	14	Alle für sich in Europa?	16
Eine Alternative für die Demokratie?	18	Die AfD und die Medien	36
Wer gehört für die AfD dazu?	20	Angriffe getarnt als Anfragen	38
Direkte Demokratie – Mitbestimmung von unten	22	Wie die AfD ihre politischen Gegner bekämpft	40
Wie hält es die AfD mit Antisemitismus?	24	Weiterlesen	42
		Quellen	44

Sicherheit für wen?

Im Grundsatzprogramm behauptet die AfD, die Innere Sicherheit in Deutschland nehme stetig ab, die Kriminalität steige an.

Tatsächlich schwankt die Anzahl von Straftaten seit Mitte der 1990er Jahre auf derselben Höhe.³ Die AfD malt ein Gefahrenbild, um einerseits dem »Establishment« Versagen vorzuwerfen. Andererseits setzt sie sich selbst als Partei für Recht und Ordnung in Szene, die als einzige »dem Recht wieder zur Durchsetzung verhelfen« würde (GP: 24), die also als einzige rigoros durchgreifen würde.

So schlägt die AfD vor, das Strafmündigkeitsalter von 14 auf 12 Jahre zu senken (GP: 25). Straffällige Kinder und Jugendliche will die AfD leichter und härter bestrafen können, anstatt sie mit sozialen Maßnahmen zu unterstützen und ihnen eine neue Chance zu geben. Man kann sagen, dass rechtspopulistische Politik im Namen von Recht und Ordnung Symptome bekämpft, nicht aber die Ursachen von Kriminalität.



Unter der Überschrift »Opferschutz vor Täterschutz« fordert die AfD: »Nicht therapierbare alkohol- und drogenabhängige sowie psychisch kranke Täter, von denen erhebliche Gefahren für die Allgemeinheit ausgehen, sind nicht in psychiatrischen Krankenhäusern, sondern in der Sicherungsverwahrung unterzubringen.« (GP: 26) Personen, die ihre eigenen Taten nicht vollständig verantworten können, gelten in Deutschland nicht als schuldfähig. Sie werden nicht in Gefängnisse sondern in Kliniken gebracht. Solche geschlossenen Psychiatrien sind der AfD noch zu wenig, sie will diese Menschen einfach wegsperren.⁴

Ihrer Logik folgend verlangt die AfD »Kein Datenschutz für Täter« (GP: 27). Die Polizei soll bei ihren Ermittlungen tief in die Privatsphäre der Verdächtigen eindringen können. Aber das eröffnet die Gefahr weitreichender Überwachung. Persönliche Informationen und Daten wären nicht mehr besonders geschützt, egal, ob bereits die Schuld geklärt wurde oder nicht: Der bloße Verdacht genügt.

»Recht und Ordnung« steht für eine autoritäre Bekämpfung von Kriminalität mit dem Holzhammer, die nicht davor zurückschrekt, Grundrechte einzuschränken.⁵ Die AfD erklärt ganz offen: Es brauche einen »sicherheitspolitischen Befreiungsschlag« zum Schutz der Bürger. »Andere Belange haben sich dem unterzuordnen.« (GP: 24) Die Stärke eines Rechtsstaat bemisst sich aber gerade daran, wie er mit (mutmaßlichen) Täterinnen und Tätern umgeht, denn für sie gelten dieselben Grundrechte wie für alle anderen. Ein Staat, der sich im Namen der Sicherheit nicht an Grenzen halten muss, birgt die Gefahr von Willkür. Das bietet niemandem Sicherheit.

→ WEITERLESEN: Mehr über die Sicherheitspolitik der AfD schreibt Lucius Teidelbaum im AfD-Dossier www.weiterdenken.de

Alternative für Frauen?

Die AfD betont, die Idee der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu vertreten. Sie behauptet, Frauen schützen zu wollen, Familien, Mütter und Alleinerziehende zu unterstützen und sich um die freie Entfaltung muslimischer Frauen zu sorgen. (GP: 43, 50)

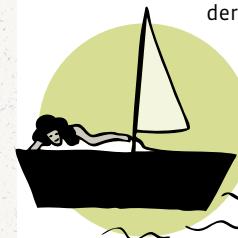
Tatsächlich will die Partei Frauen in traditionelle Rollen zurück drängen, Gleichstellungspolitik beenden und Geschlechterforschung die Förderung entziehen. (GP: 55)

Frauen sollen wieder mehr Kinder bekommen, sie vorrangig zuhause erziehen und dafür weniger arbeiten gehen.⁶ Diese Rolle fordert die AfD von Vätern nicht. In der Familie verlangt die AfD also keine gleichberechtigte Verteilung von Aufgaben, sondern eine »traditionelle«. Das benachteiligt Frauen, denn sie sollen die Verantwortung für die Kindererziehung allein tragen.

Frauen sollen zwar allein erziehen, aber nicht als Alleinerziehende. Wer »selbstgewählt« alleinerziehend ist, soll nicht staatlich unterstützt werden, lautete die Forderung im Entwurf für das Grundsatzprogramm. Wann jemand freiwillig alleinerziehend ist, verrät die AfD nicht.⁷ Im beschlossenen Grundsatzprogramm bekennt sie sich nun doch zur staatlichen Unterstützung von Einelternfamilien. Diese dürfen aber nicht als »erstrebenswerte« Lebensweisen oder normale Familien dargestellt werden. (GP: 44)



Und auch Migrantinnen gehören nicht dazu, wenn die AfD davon redet, Mütter unterstützen zu wollen. Die Partei beklagt, die angeblich hohe Geburtenrate unter Migrantinnen führe zu einem »ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur« (GP: 42). Mit Förderung der Mütter und Familien meint die AfD also nur weiße deutsche Familien ohne Migrationsgeschichte. Weiße deutsche Frauen wiederum sieht die AfD in der Pflicht, mehr Kinder zu bekommen: Für sie will die Partei staatliche Maßnahmen für mehr Geburten. Für die AfD sind Kinder keine private Entscheidung sondern Staatsziel.⁸



Es geht der AfD also weniger um die Interessen der Frauen als um eine rassistische Bevölkerungspolitik. Sie verspricht nur die Frauen zu unterstützen, die gemäß den Parteivorstellungen leben. Freie Entfaltung hingegen heißt, selbst entscheiden zu können und dabei Unterstützung zu finden.

Ich will meinen Sohn gut erziehen. Dafür brauche ich einen fair bezahlten Job, so dass wir gut leben können, Freizeit mit meinem Kind und für mich allein, was gute Betreuungsmöglichkeiten voraussetzt. Bürokratie für Sozialleistungen schmälert unsere gemeinsame Freizeit.



Akzeptiert die AfD Homosexualität?

In der AfD gibt es eine »Bundesinteressengemeinschaft Homosexuelle«. Unter anderem in ihrer »Magdeburger Erklärung gegen Frühsexualisierung« wendet sich die Partei »gegen die Diskriminierung sexueller Minderheiten«.⁹

Dieselbe Erklärung ist jedoch voller Forderungen, die Lesben und Schwule benachteiligen und ihnen absprechen, gleichwertige Familien gründen zu können. Denn als Familie gilt der AfD nur die Partnerschaft »zwischen Mann und Frau, aus der Kinder hervorgehen«. Das schließt alle Partnerschaften aus, die nicht heterosexuell sind. Aber auch Alleinerziehende und Patchwork-Familien gelten damit nicht als vollwertige Familien. In der Erklärung stellen sich alle AfD-Landtagsfraktionen gegen das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare. AfD-Mitglieder haben sich wiederholt homosexuellen-feindlich geäußert. Andreas Gehlman, Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt für die AfD, will nicht, dass Homosexualität offen ausgelebt werde, weil er einen »Sittenverfall« ablehne.¹⁰

Homosexuellen-feindliche Aussagen werden in der AfD zumindest geduldet. In Familien- und Bildungspolitik behandelt die Partei Homo- und Transsexualität als nicht normal.



FIONA

Ich bin 17 Jahre alt und mit zwei Müttern aufgewachsen – und hätte es gar nicht besser treffen können. Meine Eltern gehen beide arbeiten und kümmern sich um den Haushalt. Trotzdem nehmen sie sich viel Zeit für unser Familienleben. Mein soziales Umfeld begegnet mir mit Interesse und Offenheit.

Kampfbegriff »Frühsexualisierung«¹¹

Pegida, christlich-fundamentalistische Vereine, ultra-konservative Elternverbände und AfD warnen immer wieder vor einer »Frühsexualisierung unserer Kinder«. Damit unterstellen sie, Kinder würden in Schule und Kindergarten »sexuell indoktriniert«¹². Das soll den Eindruck erwecken, dass schon die Aufklärung über unterschiedliche sexuelle Orientierungen Kinder zum Sex anreizen und ihnen Homosexualität aufzwingen würde.

Eigentlich kämpft die AfD damit gegen Aufklärung über Vielfalt. Nur die Ehe zwischen Mann und Frau gilt ihr als natürlich. Dabei leben viele Menschen in gleichgeschlechtlichen Beziehungen. Über die Vielfalt von sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten aufzuklären, ist nicht gefährlich, sondern wichtig. Frühsexualisierung ist ein Kampfbegriff gegen Sexualaufklärung, Selbstbestimmung und immer auch gegen Homosexuelle.

Wer über lesbische, schwule und queere Paare und Eltern aufklärt, redet über Familie und Partnerschaft, aber nicht unbedingt über Sex. Auch Sexualaufklärung drängt nicht zu Sex, sondern macht es möglich, eigene Entscheidungen zu treffen und Grenzen kennen zu lernen.

Gender-Mainstreaming: Die feministische Gefahr?

Werteverfall, Rückgang der traditionellen Familie, »Frühsexualisierung, staatliche Ausgaben für pseudowissenschaftliche »Gender-Studies, Quotenregelungen und eine Verunstaltung der deutschen Sprache« (GP: 55) – so katastrophal sieht es in Deutschland laut der AfD aus. Der Grund dafür: Gender-Mainstreaming.

Die AfD klärt jedoch nicht darüber auf, was Gender-Mainstreaming bedeutet. Stattdessen wirft sie mit Schlagworten wie »Genderisierung« um sich. Die AfD Sachsen redet gar von »menschenfeindlichen Ideologien wie den verqueren Genderismus (...), der uns mit aller Macht aufgezwungen werden soll.«¹³

Was ist Gender-Mainstreaming?

Gender-Mainstreaming ist jedoch kein radikales Programm, das private Wohnzimmer durcheinander bringt und Familien vorschreibt, wie sie leben sollen. Es bedeutet, die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern bei allen Entscheidungen in der Politik, einer Behörde oder einem Unternehmen zu berücksichtigen, um so die Gleichstellung zu fördern.

Gender-Mainstreaming bedeutet auch, auf geschlechtersensible Sprache zu achten. Es werden beide Geschlechter genannt, damit Frauen sich angesprochen fühlen und nicht übergangen werden.

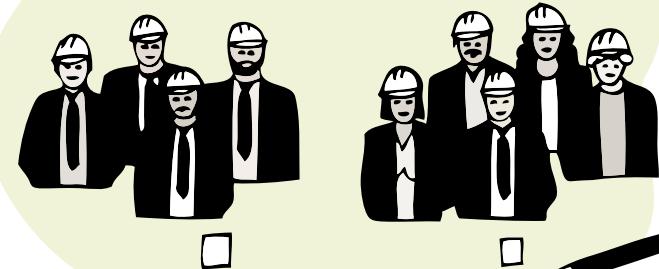
Studenten
Studierende

jeder
alle

Mädchenname
Geburtsname

Mannschaft
Team

Woran denken Sie, wenn Sie von einer
„Gruppe von Ingenieuren“ hören?
An Männer, an Frauen oder an beide?



Kampfbegriff »Politische Korrektheit«

Solche geschlechtersensible Sprache versteht die AfD als »gesellschaftsschädigende Politische Korrektheit«. Für die AfD bedeutet das Sprachverbote und einen Angriff auf die Meinungsfreiheit.

(GP: 11, 58) Mit dem Satz »Das wird man ja wohl noch sagen dürfen« unterstellen viele rechte Gruppen, etwas nicht sagen zu dürfen und wähnen ihre Meinungsfreiheit in großer Gefahr. Tatsache ist aber: Rechte Zeitungen wie die Junge Freiheit dürfen gedruckt und vertrieben werden, rechtspopulistische Thesen wie die von Thilo Sarrazin konnten zu Bestsellern werden. Es gibt also keine Sprechverbote. Zur Redefreiheit gehören aber verschiedene Ansichten und kritische Debatten. Das Recht nur eine Meinung sagen zu dürfen, gibt es nicht. Das Ziel »politisch korrekter« Sprache ist kein Denkverbot, sondern ein respektvoller Umgang und der Versuch, nicht zu diskriminieren.

Wie sozial ist die AfD?

Die AfD stellt sich als Partei der kleinen Leute dar. Der Partei-Sprecher Alexander Gauland sagt, er will »so viel soziale Gerechtigkeit wie möglich« umsetzen.¹⁴ Wenn es aber konkret um Löhne, Renten oder Steuern (S.14/15) geht, hat die AfD keine klare Linie.

Über Sozialpolitik streiten in der AfD zwei Flügel. Der völkische Flügel um Björn Höcke will einen höheren Mindestlohn und Renten aufstocken, allerdings nur für Deutsche. Das heißt: Arbeiterinnen und Arbeiter ohne deutsche Staatsangehörigkeit sollen keine fairen Renten erhalten, auch wenn sie ihr Leben lang in Deutschland gearbeitet haben.¹⁵

Der zweite Flügel will mitunter das Gegenteil. Partei-Sprecher Jörg Meuthen will die gesetzliche Rente zugunsten privater Vorsorge abschaffen.¹⁶ Das würde vor allem Besserverdienende begünstigen. Keiner der Flügel steht für eine Sozialpolitik, die allen zugute käme.

Im Bundeswahlprogramm stellt die AfD Sozialpolitik einerseits sowie humane Asylpolitik und offene Einwanderungspolitik andererseits als Widersprüche dar.¹⁷ Solidarität könne es nur innerhalb einer nationalen Gemeinschaft geben, behauptet die AfD sinngemäß. Das ist ein Versuch, soziale Konflikte um gerechte Verteilung umzudeuten als Konflikt zwischen innen und außen.¹⁸ Die AfD versucht, verschiedene ökonomisch benachteiligte Gruppen gegeneinander auszuspielen. Dabei ist Deutschland ein reiches Land und kann sich sowohl Sozialpolitik als auch Asylrecht leisten. Solidarität macht keinen Halt an Landesgrenzen.

Frauen verdienen in Deutschland viel schlechter als Männer, im Durchschnitt 21 Prozent. Darauf macht der »Equal Pay Day« (Tag für gleiche Bezahlung) jedes Jahr aufmerksam. Darin sieht die AfD nur

eine »Propagandaaktion« der »Gender-Ideologie«¹⁹. Zum Kampf für soziale Gerechtigkeit passen solche AfD-Aussagen nicht. Denn Gerechtigkeit heißt auch faire Löhne.

Mindestlohn und klare Regeln für Leiharbeit betont die AfD im Wahlprogramm.²⁰ Auf der anderen Seite will sie »auf breiter Front deregulieren« (GP: 68). Einmal will sie also Regeln für den Arbeitsmarkt schaffen, dann verspricht sie den Unternehmen weniger Regulierungen. Auch hier bleibt unklar, wohin der Weg führt.

In sozialen Fragen bezieht die AfD nicht klar Stellung, und das ist Strategie: Sie will für Besserverdienende wählbar sein, aber auch für Einkommensschwache. Das geht nicht immer zusammen, gerade in der Sozialpolitik. Deswegen will die AfD Streitpunkte »möglichst im Hintergrund« lassen,²¹ anstatt eindeutig Position zu beziehen. Die AfD redet gerne von den »kleinen Leuten«. Aber wenn es um Politik für sie geht, ist die Richtung der Partei nicht erkennbar.

→ WEITERLESEN: »Wie sozial ist die AfD wirklich?« fragt Katharina Nocun in unserem AfD-Dossier: www.weiterdenken.de

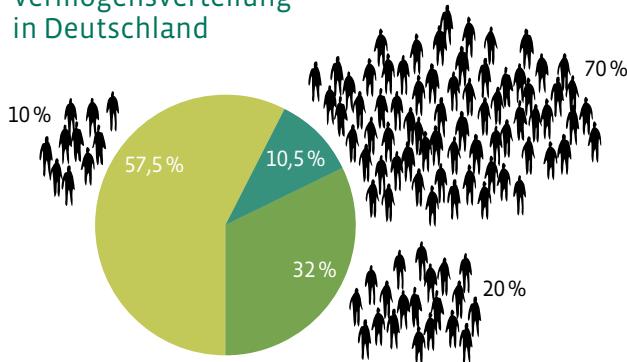


Wer gewinnt in der AfD-Steuerpolitik?

Die AfD verspricht in ihrem Grundsatzprogramm: »Wir treten für ein einfacheres und gerechteres Steuersystem ein, das mit niedrigen Steuern vor allem Mittel- und Geringverdiener finanziell entlastet.« (GP: 73)

Das ist nur die halbe Wahrheit. Die Partei will ein Stufen-System für die Einkommenssteuer. Wo die Stufen liegen, also wer wie viel Steuern bezahlen soll, lässt sie aber offen. Dabei fordert die AfD ein System mit Steuer-Stufen schon seit 2013. Doch sie trifft keine klare Aussage, an der ein gerechtes Steuersystem zu messen wäre. Und einige der AfD-Pläne für Steuerreformen helfen eindeutig nur

Vermögensverteilung in Deutschland



Dem reichsten Zehntel gehören mehr als 50 Prozent des Vermögens, der größte Teil der Bevölkerung kommt zusammen nur auf 10 Prozent. Von gerechter Verteilung ist das weit entfernt.²²

Besserverdienden und Reichen: Die AfD will eine Vermögenssteuer verhindern. Die Erbschaftssteuer will sie abschaffen (GP: 75). Das entlastet aber nur große Erbschaften, denn wer kleine Summen erbt, muss bereits jetzt keine Steuern bezahlen – hier gelten Freibeträge. Damit will die AfD also Vermögende und große Erbschaften von Steuern befreien.

Weniger Steuern heißt auch, es steht weniger Geld zur Verfügung. Dann wird gekürzt, auch in der Bildung und im Sozialen, also in Bereichen, die Geringverdienden zugute kommen. Die AfD gibt sich mit ihrem Bundeswahlprogramm aber besonders sozial.²³ Weniger Steuern für alle, aber mehr Unterstützung für Familien und Rentnerinnen und Rentner – das passt schwer zusammen.

Dabei findet die AfD laut ihrem Grundsatzprogramm den Sozialstaat nicht wichtig: Sie will einen schlanken Staat, der sich auf vier Kerngebiete beschränkt: Sicherheit, Justiz, Auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung. Sozialpolitik gilt nicht als Kernbereich, sondern als zusätzliche Aufgabe. Die AfD will, dass solche zusätzlichen Aufgaben gerechtfertigt werden müssen (GP: 9). Der Sozialstaat gilt der AfD also nicht als Selbstverständlichkeit. Der AfD ist Sozialpolitik keine Herzensangelegenheit. Sie stellt diese sogar grundsätzlich in Frage.



MATTHIAS,
GEWERKSCHAFTER

Das Steuerkonzept der AfD ist eine Katastrophe. Es dient dazu, den Staat handlungsunfähig zu machen. Was wir brauchen, ist aber ein handlungsfähiger Staat, der in Bildung und Infrastruktur investiert und den sozialen Zusammenhalt fördert. Das kommt am Ende allen zugute.

Alle für sich in Europa?

Die AfD will die Europäische Union in einen losen Verbund von Nationalstaaten zurück bauen. Passiert das nicht, soll Deutschland austreten. Denn die Europäische Union werde von Bürokratien regiert, die sich immer mehr Macht und Kompetenzen nehmen würden. Deshalb sei Deutschland in der EU kein souveräner, selbstbestimmter Staat, behauptet die AfD. Für sie ist die EU »fremde Bevormundung« (GP: 17).

Wäre ohne die EU wirklich alles besser?

Die vielen Ebenen in der EU machen es nicht leicht, europäische Politik mitzugestalten und zu verändern. Die Brüsseler Politik wird von vielen Seiten kritisiert. Und: Deutschland muss in der EU Kompromisse schließen.

In der EU verhandeln die europäischen Staaten viele Fragen der Wirtschaft und Außenpolitik. Das sind Themen, die heute kein Staat allein entscheiden kann – auch Deutschland nicht. Denn wer in der Weltwirtschaft handeln will, muss gute Beziehungen aufbauen und verhandeln. Niemand ist hier allein souverän, alle müssen Kompromisse eingehen. Das wäre ohne Europäische Union nicht anders. Die Bundesrepublik ist in der EU auch nicht völlig machtlos oder wird bevormundet. Die Mitgliedstaaten wirken an Gesetzen und Verträgen mit.²⁴ Deutschland hat in der EU sogar eine führende Rolle.

Für die AfD ist die Europäische Union ein »Kunststaat«²⁵. Das klingt, als wäre die EU etwas Widernaturliches. Staaten kommen ohnehin nicht aus der Natur. Doch die AfD folgt einem Nationalismus, der Nationalstaaten zur natürlichen Ordnung erklärt. Deshalb kann sie keinen europäischen Zusammenschluss über die Nationen hinaus denken.



Kampfbegriff »Zahlmeister von Europa«

Die AfD nennt die deutschen Bürgerinnen und Bürger »Zahlmeister Europas«²⁶. Das unterstellt, Deutschland zahle zu viel oder werde ausgebeutet. So einfach ist das in der EU jedoch nicht: Deutschland zahlt zwar viel ein, bekommt aber auch viele europäische Subventionen, etwa für die Landwirtschaft. Produkte aus Deutschland werden zum Großteil an andere EU-Länder verkauft; Deutschland profitiert vom europäischen Markt.²⁷ Von den Krediten an das krisengeschwächte Griechenland hat Deutschland durch Zinsen sogar Einnahmen.²⁸ Wer vom »Zahlmeister Europas« redet, für den spielt europäische Solidarität in der Krise keine Rolle.

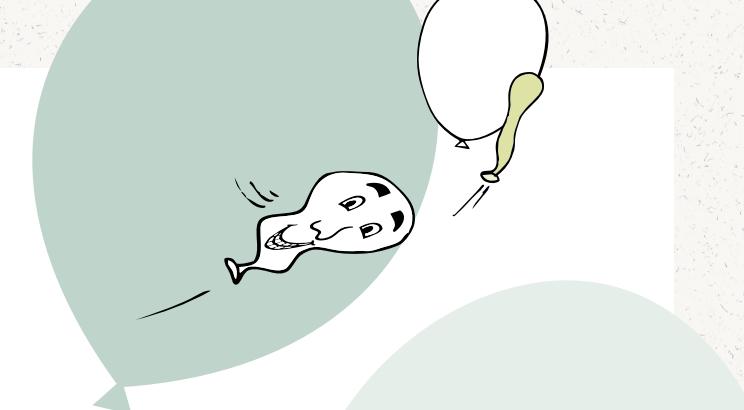
Die Europäische Union kann mehr sein als ein Verbund, aus dem alle Staaten nur den eigenen Vorteil ziehen wollen. Die EU kann ein Projekt sein, in dem es um Frieden und gemeinsame Politik geht und um Solidarität. In Griechenland leiden viele Menschen unter der Wirtschaftskrise und den staatlichen Kürzungen. In einem solidarischen Europa geht es darum, sich in schweren Zeiten zu unterstützen und zwar über Staatsgrenzen hinweg.

Eine Alternative für die Demokratie?

»Altparteien«, »Kartell«, »politische Klasse« – so nennt die AfD die anderen Parteien. Die Behauptung: Die anderen Parteien vertreten nicht die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, sondern denken nur an sich und ihren Wohlstand. Sie wären keine demokratische Vertretung mehr. Im Grundsatzprogramm der AfD ist von einem »heimlichen Souverän« die Rede. Der hätte die »Schalthebel der Macht« und die Information der Bevölkerung komplett im Griff. (GP: 8)

Die AfD unterstellt den anderen Parteien also eine Verschwörung. Verschwörungstheorien werden genutzt, um sich zu erklären, was man als unverständlich und als unfair wahnimmt. Einer kleinen Gruppe wird dann unterstellt, für alles die Verantwortung zu tragen.

Richtig ist: Demokratie hat ihre Probleme. Politikerinnen und Politiker können sich weit vom Alltag entfernt haben. Politische Entscheidungen sind oft kompliziert und langwierig. Wirtschaftlich starke Lobby-Gruppen können leichter Einfluss ausüben als Einzelne oder kleine Vereine. Bürgerinnen und Bürger sollten dies weiterhin kritisieren und auf demokratische Veränderungen drängen. Dahinter steckt jedoch keine kleine verschworene Gruppe, die die ganze Gesellschaft steuert.



Im Kampf gegen diese angebliche Verschwörung präsentiert die AfD sich als einzige Rettung für die Demokratie. Eine demokratische Oppositionspartei kann selbstverständlich die Regierung kritisieren, muss aber respektieren, dass anderen Parteien andere Politik machen als sie selbst. Die AfD erkennt andere Parteien jedoch nicht an, sondern verleumdet sie als »Kartelle«. Meinungen jenseits der eigenen will die AfD nicht gelten lassen.

Die AfD stellt alle anderen als korrupt dar. Dabei stehen gegen die Partei selbst schwere Vorwürfe im Raum. So hat sie verdeckte Wahlwerbung in Millionenhöhe erhalten. Die AfD hat »die größten intransparenten Geldflüsse der letzten Jahre zugunsten einer einzelnen Partei« bekommen, schätzt Lobbycontrol.²⁹

Die AfD kritisiert zwar Parteien. Mit ihrem eigenen Verhalten wird sie aber kein besseres Vorbild für eine demokratische Partei.

In einer pluralistischen Demokratie sollte es viele Parteien und Alternativen geben. Keine Partei vertritt die Ansichten aller, auch die AfD nicht.

Wer gehört für die AfD dazu?

Offiziell distanziert die AfD sich von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Aber viele AfD-Forderungen benachteiligen Menschen wegen deren Herkunft oder Abstammung. Deutsche mit Migrationshintergrund scheinen für die AfD nur Deutsche auf Probe zu sein.

Die deutsche Staatsangehörigkeit sollen nur Kinder erhalten, die mindestens einen deutschen Elternteil haben (GP: 65). Es zählt also nur die Abstammung; in Deutschland geboren zu sein, reicht der AfD nicht aus. So wird Kindern aus eingewanderten Familien von Anfang an gesagt, dass sie nicht richtig dazugehören – als ob sie anders wären als Kinder mit nicht eingewanderten Eltern. Für die AfD müssen sie erst beweisen, dass sie sich integrieren können (siehe S. 30/31). Aber wer in Deutschland aufwächst, muss nicht erst eine neue Kultur kennen lernen, sondern ist längst ein Teil von ihr.

In Deutschland sind Einwanderung und Einbürgerung schon jetzt an hohe Hürden gekoppelt. Millionen Einwohnerinnen und Einwohner haben daher kein Wahlrecht, obwohl sie hier leben, Steuern bezahlen und sich für die Gesellschaft engagieren. Viele Migrantinnen und Migranten fordern daher mehr Mitbestimmung und das Wahlrecht.³⁰

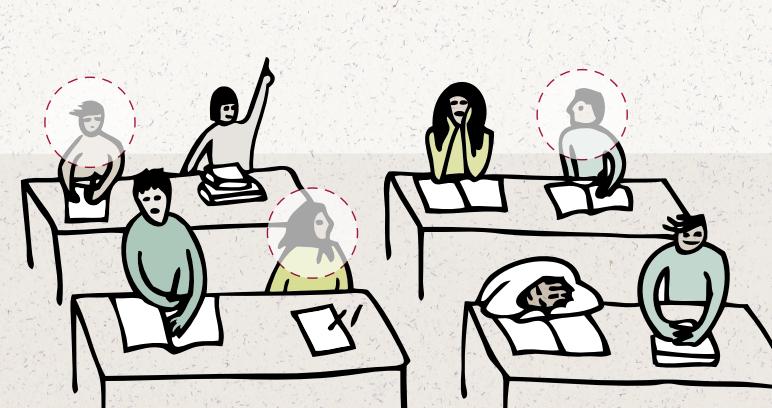
Die AfD fordert im Leitantrag für ihr Wahlprogramm sogar die »Ausbürgerung krimineller Staatsbürger mit Migrationshintergrund«³¹, selbst wenn diese dadurch staatenlos würden.

Will die AfD etwa Beate Zschäpe – Mitglied des »Nationalsozialistischen Untergrunds« und als Terroristin verurteilt – die deutsche Staatsbürgerschaft entziehen? Nein, der Vorschlag richtet sich nur gegen Deutsche mit Migrationshintergrund. Damit zeigt die AfD abermals, dass sie rassistisch und völkisch denkt: Die Partei fordert

offen die Ungleichbehandlung, die sich allein nach der Abstammung richten soll. Es läuft darauf hinaus, deutsch sein zu einer biologischen, erblichen Eigenschaft zu erklären. Doch wer deutsch ist und wer nicht, wird über Gesetze festgelegt – und die kommen nicht aus der Natur, sondern sind politische Entscheidungen.

Die rassistische Ideologie besagt, es gäbe verschiedene Gruppen von Menschen. Diese würden sich in unveränderlichen Eigenschaften unterscheiden. Das kann über Natur oder Kultur erzählt werden. Wegen der Unterschiede könnten verschiedene Kulturen nicht zusammenleben oder würden es verdienen, ungleich behandelt zu werden. Tatsache ist: Die Unterschiede bestehen nicht zwischen Gruppen von Menschen, sondern zwischen den Einzelnen. Auch innerhalb einer Kultur sind alle verschieden. Verschiedenheit ist menschliche Natur und keine Gefahr.

Staatenlosigkeit ist eine dramatische und gefährliche Situation. Ausbürgerung ist keine rechtsstaatliche Antwort auf Straftaten, sondern ein Mittel autoritärer Staaten. Sie verstößt Menschen aus der Bürgerschaft, Rechtssicherheit und Zugehörigkeit.



Direkte Demokratie – Mitbestimmung von unten

Mitreden

Bürgerentscheide, Petitionen und Bürgerinitiativen ermöglichen Bürgerinnen und Bürgern, selbst politische Entscheidungen zu treffen und sich einzubringen. Vielerorts haben sie so die Privatisierung der Wasserversorgung verhindert. Einige Themen werden erst durch großen Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern angemessen öffentlich diskutiert, zum Beispiel Massentierhaltung.

Vertretung

Direkte Demokratie sollte die repräsentative Demokratie ergänzen, nicht ersetzen. Nicht alle Menschen können oder wollen dauerhaft an Politik mitarbeiten. Ein gewähltes Parlament entscheidet dann als Vertretung der vielfältigen Interessen. Durch die Wahl haben alle ihren Einfluss auf die Entscheidung. Direkte Demokratie kann die Repräsentation aber kontrollieren und verbessern.



Keine Willkür

Keine Mehrheit darf einer Minderheit die Rechte entziehen. In einer Demokratie dürfen Entscheidungen keine Willkür walten lassen, sondern müssen die Menschenrechte als Grenze anerkennen. Volksentscheide können also nicht über *alles* entscheiden. Zum Beispiel darf die Mehrheit nicht einer Religionsgemeinschaft Kirchen erlauben und einer anderen verbieten.



Mitmachen

Der bloße Ruf nach schnellen Volksentscheiden reicht nicht. Denn direkte Demokratie erfordert aktive und beständige Beteiligung von vielen. Viele Informationen und Diskussionen sind nötig, damit gute Ideen entwickelt und faire Entscheidungen getroffen werden können.

Irrtum ausgeschlossen?

Auch wenn alle Bürgerinnen und Bürger abstimmen, muss das Ergebnis nicht perfekt sein. Deswegen gehört zur direkten Demokratie nicht nur die Abstimmung, sondern eine offene Diskussion, in der unterschiedliche Meinungen gehört werden. Volksentscheide sind nicht als endgültig zu verstehen. Die unterlegene Minderheit hat das Recht, das Ergebnis zu kritisieren und weiterhin Stimmen für ihre Position zu gewinnen.

Wie hält es die AfD mit Antisemitismus?

Die AfD behauptet, hinter den Jüdinnen und Juden in Deutschland zu stehen. Von Antisemitismus oder Judenfeindschaft distanziert die Partei sich offiziell.

Die AfD bekennt sich vor allem dann zum Judentum in Deutschland, wenn es gegen den Islam geht. Ihre Behauptung ist, dass erst Muslime und Muslims Antisemitismus nach Deutschland bringen würden.³² Antisemitische Einstellungen sind jedoch in Deutschland traditionell verbreitet – auch ganz ohne Einwanderung.

Während des Nationalsozialismus ermordeten Deutsche sechs Millionen Jüdinnen und Juden in Konzentrationslagern. Darüber will die AfD jedoch nicht reden. Sie fordert im Grundsatzprogramm, weniger an den Nationalsozialismus zu erinnern (GP: 48). Gegen Antisemitismus ist die AfD also vor allem dann, wenn sie damit gegen Einwände rung argumentieren will.

Immer wieder äußern AfD-Mitglieder sich ganz deutlich antisematisch. Manchmal geht die Partei dagegen vor, manchmal lässt sie es zu. AfD-Mitglied Volker Olenicak teilte Beiträge auf Facebook, die vorgaben, »die Rothschilds« würden die nächste Wirtschaftskrise vorbereiten.³³ Er folgt damit der Verschwörungstheorie, Juden würden die Weltwirtschaft in den Händen halten. Rothschild ist der jüdische Name, der wohl am häufigsten für Verschwörungstheorien herhalten muss. Das war für die AfD kein Grund, Olenicak auszuschließen. Sie machte ihn in Sachsen-Anhalt zum Direktkandidaten, wo er nun im Landtag sitzt.

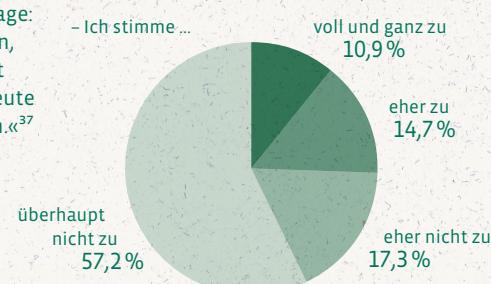
Wolfgang Gedeon, für die AfD in den Landtag von Baden-Württemberg gewählt, erklärte das antisemitische Pamphlet »Die Protokolle der Weisen von Zion«³⁴ zu einer ernsthaften Quelle. Es ist jedoch vielfach bewiesen, dass es sich um eine Fälschung von Antisemiten handelt, um wirksam gegen Jüdinnen und Juden zu hetzen. Die AfD wollte ein Gutachten zum Fall, als ob Gedeons Antisemitismus nicht zu erkennen wäre. Aus der Partei wurde er nicht ausgeschlossen. Die AfD weigert sich also, Antisemitismus in ihrer Partei zu erkennen und dagegen grundlegend vorzugehen.³⁵

Der Antisemitismus zählt nicht zu den inhaltlichen Klammern, die die AfD zusammenhalten. Aber die AfD bedient vielfach Verschwörungstheorien: gegen Medien, Parteien oder die Europäische Union. Und sie will weniger Auseinandersetzung mit antisemitischer Geschichte in Deutschland. Da finden sich Antisemiten und Antisemiten wieder, deshalb gibt es in der AfD viele von ihnen.³⁶

Den Opfern böse Absichten unterstellen – eine häufige Begründung, um das Erinnern an den Nationalsozialismus zu verteufeln.

Zustimmung zur Aussage:

»Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen.«³⁷



Steht die AfD hinter dem Recht auf Asyl?

Die AfD spricht von »Masseneinwanderung«, einer »Völkerwanderung historischen Ausmaßes« und »bislang unvorstellbare(n) Wanderungsbewegungen in Richtung der wohlhabenden europäischen Staaten« (GP: 59). Sie meint damit Personen, die in Deutschland Asyl suchen.

Die AfD erzeugt durch ihre Sprache ein Bild, das Unsicherheit und Angst schüren soll. Es entsteht der Eindruck einer Invasion, die Deutschland überrennt. Die AfD nutzt Wörter wie »Masse« und »Völkerwanderung« und schiebt damit den einzelnen Menschen beiseite – und so auch seine Fluchtgründe, Ängste und Nöte. Die Einzelnen sind nicht mehr sichtbar. So ist es einfach, Solidarität zu verwehren.

Menschen auf der Flucht 2017³⁹

68.500.000
weltweit

970.400
Deutschland



Dabei sieht die Realität anders aus. Von allen Personen, die 2017 weltweit auf der Flucht waren, stellten nur 0,3 Prozent in Deutschland einen Antrag auf Asyl. 85% aller Geflüchteten weltweit hielten sich dagegen in armen Staaten auf, wie Pakistan oder Uganda. Die meisten Flüchtlinge befanden sich in der Türkei.³⁹

Fluchtgründe sind vielfältig

Die AfD fordert, dass Deutschland Flüchtlinge nach Syrien zurück schickt, weil dort fast überall Frieden herrschen würde.⁴⁰ Dabei ist die Lage in Syrien keineswegs sicher: Noch immer sind Menschen im Land auf der Flucht, noch immer herrscht Diktator Baschar al-Assad, Städte sind zerstört, Regionen umkämpft. Die AfD behauptet, dass sie »echte Flüchtlinge« schützen wolle (GP: 59). Doch sie verleugnet immer mehr Fluchtgründe, sodass kaum jemand als »echter Flüchtling« gelten kann.

Im deutschen Asylgesetz werden nur wenige Fluchtgründe anerkannt. Eine Anerkennung als Flüchtling erhalten nur politisch Verfolgte. Auch wer vor Krieg und Gefahren wie Folter, willkürliche Haft oder Hinrichtung flüchtet, kann in Deutschland Schutz erhalten. Allerdings ist dieser Schutz mit weniger Rechten verbunden als das Asyl. Gründer wie existenzbedrohende Diskriminierung, Klima-Katastrophen, Überfischung oder Landraub werden nicht anerkannt. Das ändert nichts an der Tatsache, dass Millionen Menschen weltweit aus Armut und Not fliehen. Ihre Gründe anzuerkennen wäre ein erster Schritt für eine humane Asylpolitik und eine nachhaltige Entwicklungspolitik.

► WEITERLESEN: Lisa Scholten über die Asylpolitik der AfD unter www.weiterdenken.de

Asylrecht ist Menschenrecht

Der AfD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Alexander Gauland, fordert die Abschaffung des bestehenden Rechts auf Asyl als ein-klagbares Recht.⁴¹ »Das Asylrecht für Muslime (müsste) umgehend ausgesetzt werden, bis alle Asylbewerber, die sich in Deutschland aufhalten, registriert, kontrolliert und deren Anträge bearbeitet sind.«⁴² Beide Vorschläge hebeln das Grundrecht auf Asyl aus.

Das Recht auf Asyl ist aber keine Gnade und nette Geste noch ein Recht, das nur bestimmten Gruppen zusteht. Das Recht auf Asyl ist ein Grundrecht, das im Grundgesetz verankert ist. Grundrechte begrenzen und verpflichten den Staat gegenüber den Einzelnen. Grundrechte sind nur dann wirkungsvoll, wenn sie jederzeit für alle gelten. Sie können also nicht einfach eingeschränkt oder abgeschafft werden. Genauso wenig kann man sie verwirken. Grundrechte unterscheiden den Rechtsstaat vom Willkürstaat.

Das Grundrecht auf Asyl ist ein Menschenrecht. Es steht jedem Menschen unabhängig von seiner Nationalität zu. Somit darf jeder Mensch in Deutschland einen Antrag auf Asyl stellen.

Das Grundsatzprogramm der AfD sieht vor, das individuelle Grundrecht auf Asyl durch die sogenannte institutionelle Garantie zu ersetzen (GP: 60). Ein Asylrecht gäbe es zwar weiterhin. Es wäre aber kein individuelles Grundrecht mehr, das jedem Menschen erst einmal zusteht und einklagbar ist. Das Asylrecht könnte damit noch stärker als bisher eingeschränkt werden, indem beispielsweise Obergrenzen und Kontingente für die Einreise festlegt werden sowie Verwaltungs- und Gerichtsverfahren vereinfacht oder verkürzt werden.

Art. 16a Abs. 1
Politisch
Verfolgte genießen
Asylrecht.



Die AfD spricht – nicht als einzige Partei – vom »massenhaften Missbrauch« des Asylrechts (GP: 59). Diese Behauptung ist falsch, denn das Asylrecht kann nicht missbraucht werden. Erstens darf jeder Mensch einen Asylantrag stellen. Zweitens wird der Asylantrag nach gelgenden Richtlinien geprüft. Werden sie nicht erfüllt, wird kein Asyl gewährt. Wenn Staaten als sicher gelten, bekommen deren Bürgerinnen und Bürger in Deutschland kein Asyl. Es ist ein Trend, Staaten als sicher einzustufen, um dorthin abschieben zu können. Zum Beispiel wird nach Afghanistan abgeschoben, obwohl viele Menschenrechtsorganisationen das Land für sehr gefährlich halten.⁴³

Außerdem ist die Behauptung des Missbrauchs gefährlich. Sie bietet den Nährboden für Gewalt und Übergriffe. Denn sie unterstellt Geflüchteten, kriminell zu sein und sich mit einem Asylantrag etwas zu ergaunern, was ihnen nicht zusteht. Dabei ist das Asylrecht genau dafür da, von Menschen in großer Not in Anspruch genommen zu werden.

Was heißt Integration für die AfD?

Für die AfD haben Migrantinnen und Migranten die »unabdingbare Bringschuld«, sich zu integrieren. Dabei umfasst Integration laut AfD vor allem drei Aspekte: »die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift, die Achtung und gelebte Bejahung unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie den Verdienst des eigenen Lebensunterhalts.« Gleichzeitig fordert sie, dass sich Migranten an ihre »neue Heimat anpassen, nicht umgekehrt.« (GP: 63)



Die AfD macht Eingewanderte allein für den Erfolg ihrer Integration verantwortlich. Dabei schwingt immer die pauschale Unterstellung der Integrationsverweigerung mit, also dass sich Migrantinnen und Migranten gar nicht integrieren wollen würden.

Dabei leben die meisten Migrantinnen und Migranten genau so, wie es sich die AfD wünscht. Sie arbeiten oder absolvieren eine Ausbildung, engagieren sich ehrenamtlich, ziehen Kinder auf, haben Freundschaften – leben also wie alle anderen auch. Aber zusätzlich sammeln viele Erfahrungen, die die meisten Deutschen nicht kennen:

- einen Job oder eine Wohnung nicht zu bekommen, weil der Nachname ausländisch klingt oder
- wegen der Hautfarbe, des Kopftuchs oder des Akzents angestarrt, beleidigt oder gar angegriffen zu werden.



Allerdings reicht der AfD Integration nicht aus. Sie will auch, dass sich Eingewanderte an eine »deutsche Leitkultur« anpassen. Es geht ihr also um mehr, als Gesetze zu beachten und zu arbeiten: Migrantinnen und Migranten sollen ihre Kultur, Religion und Bräuche dieser »Leitkultur« unterordnen (GP: 47). Das beschneidet aber unser aller Freiheitsrechte.



Teilhabe heißt, sich integrieren und sich einbringen zu können. Voraussetzung ist, dass Migrantinnen und Migranten nicht diskriminiert werden und die gleichen Rechte haben wie alle anderen.

Menschen leben in der Bundesrepublik sehr unterschiedlich. Sie haben verschiedene Werte, Wünsche und Hoffnungen. In Berlin ist das Kopftuch für Viele selbstverständlicher als die Lederhose. Es gibt also nicht die eine deutsche Gesellschaft, an die man sich anpassen kann. Die demokratische Gesellschaftsordnung gibt nur einen Rahmen vor. Innerhalb dieses Rahmens können alle leben, wie sie möchten – unabhängig von ihrer Herkunft. Sie können Kinder haben oder auch nicht; sie können beten oder auch nicht; Schweinefleisch essen oder auch nicht. Wichtig ist, dass alle einander mit Respekt und Rücksicht behandeln.



Wir brauchen keine Integration, die nur als »Anpassung an die Mehrheit« verstanden wird. Wir brauchen Inklusion: Jeder Mensch muss von der Gesellschaft in seiner Individualität so akzeptiert werden, wie er ist. Jeder muss voll und ganz ein Teil der Gesellschaft sein können.



GJULNER,
ROMANO SUMNAL E.V.

Schützt die AfD die Umwelt?

In der Energiepolitik will die AfD wirtschaftsliberal argumentieren: »Alle Energiemarkt-Eingriffe durch Subventionen wie z. B. staatlich garantierte Vergütungen oder Vorrang einspeisung für bestimmte Stromerzeugungsanlagen, sind sofort einzustellen.«⁴⁴

Richtig ist, dass Erneuerbare Energien subventioniert werden, um neue Techniken zu entwickeln. Das hilft Wirtschaft und Umwelt gleichermaßen. In Sachsen-Anhalt stehen aufgrund von Windkraft mehr als 12.000 Personen in Lohn und Brot⁴⁵. In Mecklenburg-Vorpommern gab es in Dienstleistungs- und Zulieferunternehmen der Erneuerbaren Energien rund 13.700 Arbeitsplätze.⁴⁶

Im Jahr 2011 gaben die 27 Länder der Europäischen Union 30 Milliarden Euro zur Förderung der Ökoenergie aus. Für die Subventionierung von Atomkraft, Kohle und Gas brachten sie jedoch mehr als das Doppelte auf, nämlich 61 Milliarden Euro. Die Atomkraft in Deutschland wird bis zurendlagerung mit mehr als 300 Milliarden Euro gefördert worden sein⁴⁷. Die Erneuerbaren könnten sich schon in den nächsten Jahren auf dem Markt behaupten. Die Umweltpolitik der AfD ist nicht wirtschaftsliberal, sie setzt nur auf das teurere – und gefährlichere – Pferd.

Die AfD leugnet den menschengemachten Klimawandel mit seinen Risiken. Im Bundestag hat sie sogar beantragt, die Klimaschutz-Politik komplett aufzugeben. Deutschland solle alle Gesetze und internationale Verpflichtungen beenden, auch das Pariser Klimaabkommen.⁴⁸

Ich bin vom Tagebau betroffen und engagiere mich im Bündnis »Strukturwandel jetzt – Kein Nochten II«. In der Kohleindustrie gehen jedes Jahr Jobs verloren. Die Umweltschäden in unserer Heimat würden extrem zunehmen. Da ist die zeitweise Subventionierung der zukunftssicheren erneuerbaren Energien eine echte Alternative.



FRIEDERIKE

Viele Kampagnen sollen den Klimawandel als »Klimalüge« darstellen. Wissenschaftlich begründet ist das nicht. Kohle- und Ölkonzerne haben jahrelang Forscherinnen und Forscher bezahlt, damit sie den menschengemachten Klimawandel in Frage stellen – und zwar mit Lügen und Halbwahrheiten.⁴⁹

Die meisten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weltweit sind sich einig: Eine höhere CO₂-Konzentration in der Atmosphäre verstärkt den natürlichen Treibhauseffekt und führt so zu einem Temperaturanstieg auf der Erde. Die Ozeane nehmen dann mehr CO₂ auf. Dadurch versauert das Meerwasser dauerhaft – mit drastischen Folgen für viele Meerestiere. Der Klimawandel gefährdet das Überleben vieler Tier- und Pflanzenarten, führt zu mehr Wetterextremen. Das hat drastische Folgen für die Welternährung.⁵⁰ Den Klimawandel zu leugnen, ist keine Antwort auf diese Probleme.

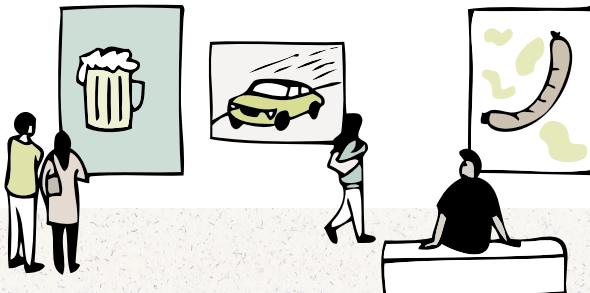
→ WEITERLESEN: Susanne Götze und Sandra Kirchner über die Umweltpolitik der AfD im Dossier unter www.weiterdenken.de

Welche Kultur will die AfD fördern?

Die Kultur ist in allen AfD-Programmen ein sehr wichtiger Punkt. Ihre Vorschläge, wie Kultur zu fördern und zu gestalten sei, sind aber durchgängig widersprüchlich und würden zum Teil in die Freiheit der Kunst eingreifen.

Auf der einen Seite will die AfD »den Einfluss der Parteien auf das Kulturerleben zurückdrängen« und Kulturpolitik an »ökonomischer Vernunft« ausrichten (GP: 48). Das heißt, der Staat soll sich aus der Kulturförderung zurückziehen und die Kulturangebote müssen sich auf dem Markt behaupten. Das würde das Ende für viele Einrichtungen wie Theater bedeuten oder Eintrittskarten so teuer machen, dass nur noch Wohlhabende daran teilhaben können.

Weiter fordert die AfD, den Rundfunkbeitrag abzuschaffen und ein freiwilliges Bezahlfernsehen einzuführen. Dann müssten die öffentlich-rechtlichen Medien sich am Geschmack der Mehrheit ausrichten. Gleichzeitig sollen sie nur »hochwertige« Beiträge produzieren (GP: 48). Dabei ist nicht klar, ob eine hohe Qualität von Nachrichten und Kultursendungen gleichzeitig eine Vielzahl von Geschmäckern treffen kann



und ob sie mit freiwilligen Beiträgen finanziert werden kann. Guter Journalismus bedeutet sorgfältige und aufwendige Recherchen und die sind teuer.

Auf der anderen Seite wollen einige Landesverbände der AfD selbst stark Einfluss auf die Kultur nehmen. Der Landesverband Sachsen-Anhalt fordert von Kultureinrichtungen die »Pflicht, einen positiven Bezug zur Heimat zu fördern«. Theater sollen Stücke »so inszenieren, dass sie zur Identifikation« mit Deutschland anregen.⁵¹ Welche Themen Kultureinrichtungen darstellen, darf aber nicht von Regierungen vorgegeben werden.

Die AfD versteht unter Kultur ausschließlich eine »deutsche Leitkultur«. Sie glaubt, eine »deutsche Leitkultur« einfach von anderen Kulturen trennen zu können; das Zusammenleben verschiedener Kulturen sieht sie als Gefahr (GP: 47). Dabei richtet sie sich ganz besonders gegen den Islam (GP: 49). Die Kultur in Deutschland ist jedoch von weltweiten Einflüssen geprägt sowie von allen Einwohnerinnen und Einwohnern. Kultur ist kein Einheitsbrei, weil sie von unterschiedlichen Menschen gemacht wird.

In der Kulturpolitik widerspricht sich die AfD bisher selbst. Würde ihre Kulturpolitik umgesetzt, so würde das heißen: Kulturangebote würden privat und teurer werden; nur Wenige könnten sie nutzen. Staatlich geförderte Projekte müssten ihre Programme im Sinn der AfD gestalten.



→ WEITERLESEN: Mehr zur Kulturpolitik der AfD schreibt Manuela Lück in unserem Dossier unter www.weiterdenken.de.

Die AfD und die Medien

Die AfD behauptet von sich, als einzige Partei für die Meinungsfreiheit einzustehen. Das steckt bereits in ihrem Slogan »Mut zur Wahrheit«. Die AfD stellt es dar, als würden manche Meinungen und Fakten in der Öffentlichkeit unterdrückt (siehe S. 11), und als würde die AfD von den Medien ausgegrenzt und schlechter behandelt als andere Parteien.⁵²

Kampfbegriff »Systemmedien«

Als »Systemmedien« beschimpfen AfD-Mitglieder Zeitungen, Rundfunk und Blogs, die nicht im Sinne der Partei berichten oder sie kritisieren. Von »einer weitgehend gleichgeschalteten Medienlandschaft« schrieb die AfD Baden-Württemberg im Wahlprogramm.⁵³ Die AfD unterstellt den Medien, einem System zu dienen. Sie seien somit keine freien Medien mit freiheitlicher Berichterstattung. Ähnlich funktioniert der Begriff »Lügenpresse«, der auf Pegida-Demonstrationen zu hören ist. Eine Gleichschaltung der Medien bedeutet Zensur, Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten bis hin zur Schließung und Verhaftung ganzer Redaktionen. Davon kann in der Bundesrepublik keine Rede sein, auch AfD-nahe Medien dürfen berichten. Ebenso wenig grenzen die Medien die AfD einfach aus: Die AfD ist ständiger Gast in Talkshows und gibt Interviews.

Der Skandal als Strategie

Die AfD weiß öffentliche Aufmerksamkeit zu nutzen. Erst provoziert ein Partei-Mitglied mit rechten und menschenverachtenden Vorschlägen. Oft folgt darauf deutliche Kritik in den Medien. Dann behauptet das AfD-Mitglied, falsch verstanden worden zu sein, oder die Partei distanziert sich von der Aussage. Während der rassistischen Ausschreitungen nach einem tödlichen Messerangriff beim Chemnitzer

Stadtfest 2018 heizte der Bundestagsabgeordnete Markus Frohmaier die Stimmung an, indem er indirekt zur »Selbstjustiz« gegen Migranten aufrief. Später distanzierte sich sein Kollege Jens Maier davon.⁵⁴ Wenige Monate zuvor hatten sich noch AfD-Mitglieder wegen rassistischer Beleidigungen von Maier distanziert.⁵⁵ Wer provoziert und wer sich distanziert, diese Rollen werden in der AfD wie ein Staffelstab weitergegeben.

Provozieren ist eine Taktik der AfD, das stand in ihrem Strategie-Papier für den Bundestags-Wahlkampf.⁵⁶ Mit dem anschließenden Distanzieren stiehlt sie sich aus der Verantwortung.

Die AfD hat mehrfach die Pressefreiheit eingeschränkt: Sie hat unliebsamen Journalistinnen und Journalisten den Zutritt zu ihren Treffen verwehrt oder sie hinausgeworfen.⁵⁷

Das ist für eine Demokratie ein großes Problem: Die Medien werden auch Vierte Gewalt im Staat genannt. Das unterstreicht, dass sie genauso wichtig sind wie Parlament, Regierung und unabhängige Gerichte. Denn die Bevölkerung kann nur wählen, die Regierung kritisieren und sich beteiligen, wenn sie sich informieren kann. Dazu braucht es Journalistinnen und Journalisten, die offen und genau über Politik berichten. Was es aber nicht gibt: einen Anspruch auf positive Berichterstattung.



Angriffe getarnt als Anfragen

Die AfD stellt in den Parlamenten viele Anfragen. In Sachsen wollte die AfD wissen, wie viele Sinti und Roma es gibt und welche Religionsgemeinschaft wieviele Beschneidungen durchführt.⁵⁸ In Thüringen fragte die Fraktion danach, wie viele Homosexuelle, Transgender und intergeschlechtliche Menschen es gibt.⁵⁹ Der Staat erfasst solche Daten von Minderheiten nicht, denn das wäre diskriminierend. Außerdem könnten solche Statistiken zu weiterer Ungleichbehandlung führen.

Im Bundestag fragte die AfD, wie sich Infektionskrankheiten entwickeln und welche Nationalität die Erkrankten haben – und welche Kosten ausländische Patientinnen und Patienten verursachen würden.⁶⁰ Die Partei spielt mit der rassistischen Vorstellung, Gesundheit hätte mit Herkunft und Abstammung zu tun und Migration würde Krankheiten nach Deutschland bringen.

Außerdem wollte die AfD wissen, wieviele Schwerbehinderte es gibt und wie häufig die Ursache Heirat innerhalb der Familie sei. Dann fragte sie, wieviele der Personen einen Migrationshintergrund hätten.⁶¹ Die AfD unterstellt somit einen Zusammenhang zwischen Behinderung, Geschlechtsverkehr in der Familie und Migration. Das haben viele Sozialverbände kritisiert. Die Anfrage erinnere »an die dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte, in denen Menschen mit Behinderung das Lebensrecht aberkannt wurde«⁶².

Mit Anfragen und Anträgen stellen die Parteien eigene politische Ideen zur Diskussion und kontrollieren die Arbeit der Regierung. Die AfD fragt jedoch gezielt nach Gruppen, die schon im Nationalsozialismus verfolgt wurden oder heute von Diskriminierung betroffen sind. Die AfD will damit Empörung und Aufmerksamkeit erreichen.



Die AfD will aber nicht nur provozieren. Die Anfragen entsprechen inhaltlich den Parteiprogrammen und vielen Äußerungen von AfD-Mitgliedern. Sie haben ideologische Ursachen: Der völkische Nationalismus, eine grundlegende Ideologie im Nationalsozialismus, ist eine Mischung aus Rassismus

und Nationalismus. Erstrebt wird eine völlig einheitliche Gemeinschaft, die als natürlich gewachsen gilt und meist als »Volkskörper« beschrieben wird.

Der völkische Nationalismus schließt nach außen alle aus, die keine weißen Deutschen durch Abstammung sind. Roma, Juden, Muslime und Schwarze Menschen werden in dieser Ideologie nie als Deutsche akzeptiert. Nach innen geht es um Vorstellungen von Ordnung, Reinheit und Nützlichkeit. Wer krank ist oder eine Behinderung hat, gilt als Last. Homo-, Bi- und Transsexualität gelten als moralische Gefahr für das Volk.

Es gibt kein Volk, das biologisch als Körper miteinander verbunden ist. Die Gesellschaft besteht aus vielen verschiedenen Menschen und das ist auch gut so. Menschen sind keine Last für die Gemeinschaft, sondern die Gemeinschaft soll die Individuen stützen. Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Würde und Freiheit.

Wie die AfD ihre politischen Gegnerinnen und Gegner bekämpft

Die AfD stellt in den Landtagen häufig Anfragen zu Projekten und Vereinen, die sich für Demokratie und Vielfalt sowie gegen Rassismus und Ausgrenzung engagieren oder offen die AfD kritisieren.⁶³ Die AfD unterstellt ihnen, linksextremistisch zu sein. Sie fordert Einblick in die Projekte, erlangt so Daten von Kooperationspartnern und Teilnehmenden und verlangt die Streichung staatlicher Fördergelder.

Ein Beispiel ist der Verein »Miteinander« aus Sachsen-Anhalt. Der »Miteinander e.V.« berät Opfer rechter Gewalt und arbeitet in der politischen Bildung zu den Themen Demokratie, Zivilcourage und Rassismus. Der Verein setzt sich auch kritisch mit der AfD auseinander. Die AfD-Fraktion im Landtag stellt immer wieder Anfragen zum Verein und forderte, ihm die Förderung zu entziehen. Das würde die gesamte Arbeit des Vereins aufs Spiel setzen.



Das Ziel der AfD ist, unsere Arbeit für Demokratie, Menschenwürde und Weltoffenheit zu beenden. Doch es geht um sehr viel mehr als unser Verein: Dies ist eine Kampfansage der AfD gegen große Teile der Zivilgesellschaft. Die Angriffe gelten allen, die sich für ein demokratisches, vielfältiges Miteinander einsetzen. Wir werden uns auch weiterhin für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft engagieren.



RICARDA,
MITEINANDER E.V.

Mit ihrem Einsatz gegen sogenannten Linksextremismus behauptet die AfD, gegen Gewalt und für Demokratie einzutreten. Doch die Partei setzt sich nicht glaubhaft gegen Gewalt ein. In internen Chats ließen AfD-Mitglieder ihren Gewaltfantasien gegen Flüchtlinge und Linke freien Lauf.⁶⁴ AfD-Bundestagsabgeordnete haben Kontakte zu Burschenschaften, neonazistischen Parteien und Kameradschaften und zur extrem rechten »Identitären Bewegung«.⁶⁵ Gewaltbereite und extreme Rechte haben also Verbindungen in die Partei. In Wirklichkeit will die Partei ihre Kritikerinnen und Kritiker einschüchtern und isolieren.

Politik und Zivilgesellschaft sollten sich von AfD-Kampagnen nicht verunsichern lassen, sondern deren Taktik offen legen und die eigene Haltung behaupten. Der Einsatz gegen Rassismus und Neonazismus, für Bewegungsfreiheit und für globale Gerechtigkeit ist nicht »linksextremistisch«. Er wird von einer vielfältigen Zivilgesellschaft getragen, von Linken, Rentnern, Schülerinnen, Umweltschützern, Antifaschistinnen und Flüchtlingshelfern. Dieses Engagement macht Demokratie erst lebendig.

Weiterlesen

› Dossier AfD und Rechtspopulismus

Das Dossier umfasst Texte zur Politik der AfD auf einzelnen Feldern wie Frauenpolitik und Religionspolitik sowie zur Arbeit einiger AfD-Landesverbände

www.weiterdenken.de/de/afd-dossier

› Linksgrünversift?

Der Verbund der Heinrich-Böll-Stiftungen gibt in dieser Handreichung Tipps zum Umgang mit Rechtspopulismus auf kommunaler Ebene

www.weiterdenken.de/de/linksgruenversift

› Genderdings

Die Social-Media-Kampagne hilft mit Argumenten gegen Antifeminismus und Hassrede im Netz

www.genderdings.de

› Gender raus!

12 Richtigstellungen zu Antifeminismus und Gender-Kritik von Heinrich-Böll-Stiftung und Rosa-Luxemburg-Stiftung

www.gwi-boell.de/de/gender-raus

› Fakten zum Klimawandel

Kurz oder ausführlich, wissenschaftsbasiert und verständlich erklärt

www.klimafakten.de

› Hetze gegen Flüchtlinge in sozialen Medien

Ein Überblick der Amadeu Antonio Stiftung, wie Rassismus online gemeldet, angezeigt und widersprochen werden kann

www.tinyurl.com/AAS-soziale-medien

› Dossier Politik im autoritären Sog

Nicht nur die AfD: Viele Parteien schränken zurzeit Grundrechte ein und argumentieren rechtspopulistisch. Das Dossier gibt einen Überblick

www.weiterdenken.de/de/politik-im-autoritaeren-sog

› Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand

ist »ein empirischer Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland« herausgegeben von Naika Foroutan

www.tinyurl.com/foroutan-sarrazin

Bücher

› Völkisch-autoritärer Populismus

Ein Sammelband zum Rechtsruck in Deutschland und der AfD herausgegeben von Alexander Häusler (2018, Hamburg, VSA)

› Untergangster des Abendlandes

Ideologie und Rezeption der rechtsextremen *Identitären* herausgegeben von Judith Goetz, Joseph Maria Sedlacek, Alexander Winkler (2017, Hamburg, Marta Press)

› Antifeminismus in Bewegung

Themen, Akteure und Folgen des Antifeminismus herausgegeben von Juliane Lang und Ulrich Peters (2018, Hamburg, Marta Press)

› Manifest der Vielen – Deutschland erfindet sich neu

Herausgeberin Hilal Sezgin versammelt Stimmen für gesellschaftliche Vielfalt (2011, Berlin, Blumenbar Verlag)

Quellen

GP im Text steht für: Alternative für Deutschland, Programm für Deutschland. Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, 2016, www.tinyurl.com/afd-grundsatzprogramm

1 Caterina Woj und Andrea Röpke, Das braune Netzwerk, Die Story, WDR, 11.1.2017, Andreas Speit, Bürgerliche Scharfmacher, Deutschlands neue rechte Mitte, Bonn 2017

2 Andreas Kemper, »Die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden«. Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der »historischen Mission« Björn Höcke (AfD), Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2016, www.tinyurl.com/rosalux-hoecke

3 Statista, Anzahl der registrierten Straftaten in Deutschland von 1991 bis 2015, 2017, www.tinyurl.com/statistastrafaten

4 David Schraven, Das AfD-Programm entschlüsselt, Correctiv, 14.3.2016, www.tinyurl.com/correctiv-afd-programm

5 Lucius Teidelbaum, Law&Order als Element rechtspopulistischer Politik bei der AfD, AfD-Dossier, 2017, www.weiterdenken.de/de/afd-dossier

6 Im Grundsatzprogramm bemängelt die AfD die zunehmende Erziehung in Krippen und Ganztagschulen und eine Beachtigung von Vollzeitmüttern, S. 41.

7 David Schraven, Das AfD-Programm entschlüsselt, www.tinyurl.com/correctiv-afd-programm

8 Alternative für Deutschland, Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Beschlossen auf dem

Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017, S. 37, www.tinyurl.com/afd-wahlprogramm-2017

9 AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, Magdeburger Erklärung zur Frühsexualisierung, 14.11.2016, www.tinyurl.com/afd-erklaerung

10 Thorsten Denkler, AfD-Politiker gegen »offen ausgelebte Sexualität«, Süddeutsche Zeitung, 4.6.2016, www.tinyurl.com/sueddeutsche-afd-sexualitaet

11 Magdeburger Erklärung zur Frühsexualisierung, 14.11.2016

12 André Poggenburg, zitiert in: Vera Wolfskämp, AfD fürchtet »Frühsexualisierung« – Experten widersprechen, MDR aktuell, 17.11.2016

13 AfD Sachsen, Wahlprogramm, 2014, S. 2, www.tinyurl.com/afd-sachsen-programm

14 Alexander Gauland im Interview mit Roland Pichler, Die AfD will als Partei der kleinen Leute punkten, Stuttgarter Zeitung de, 25.4.2016, www.tinyurl.com/stuttgarter-zeitung-gauland

15 Sophie Crocoll, Wohin soll's gehen, AfD?, 2018, www.tinyurl.com/wiwo-afd-rente

16 Edb.

17 AfD, Wahlprogramm, S. 56

18 Patrick Schreiner, Markus Krüsemann, 2017, Die AfD ist keine Partei der »kleinen Leute«, www.tinyurl.com/makronom-afd

19 AfD, Wahlprogramm, S. 40, www.tinyurl.com/afd-wahlprogramm-2017

20 AfD, Wahlprogramm, S. 52, www.tinyurl.com/afd-wahlprogramm-2017

21 Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017, zitiert nach: Thomas Leif, Patrick Gensing, AfD-Strategiepaper: Provokation statt Problemlösung, 23.01.2017, www.tinyurl.com/tagesschau-strategiepaper

22 Bundeszentrale für politische Bildung, Datenreport 2016, Bonn, 2016, S. 193, Abb. 2, www.tinyurl.com/bpbdatenreport

23 AfD, Wahlprogramm, S. 52, 56–58, www.tinyurl.com/afd-wahlprogramm-2017

24 Bundeszentrale für politische Bildung, Deutschland in der EU, 2013, www.tinyurl.com/bpb-eu-dtdl

25 AfD, Programm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014, S. 2, www.tinyurl.com/europawahl-2014-afd

26 AfD, Wahlprogramm, S. 8, www.tinyurl.com/afd-wahlprogramm-2017

27 Vertretung in Deutschland der Europäischen Kommission, Mythos: Deutschland ist der Zahlmeister der EU, 2017, www.tinyurl.com/mythos-zahlmeister

28 brt/dpa, Deutschland macht 2,9 Milliarden Euro Gewinn mit Griechenland-Hilfe, Spiegel Online 2018, www.tinyurl.com/spon-krise-zinsen

29 Lobbycontrol, Wer stoppt die intransparenten Geldflüsse zugunsten der AfD?, 2018, www.tinyurl.com/lobbycontrol-afd-spenden

30 Mely Kiyak, Die Vergessenen, Kommentar, ZDF, Die Anstalt, 19.2.2017

31 AfD-Bundesprogrammkommission, Leitantrag zum Bundesparteitag am 22./23.04.2017 in Köln für das Programm für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24.09.2017, S. 21, www.tinyurl.com/leitantrag-afd; im beschlossenen Programm ist diese Forderung beibehalten, wird aber »Rücknahme der Einbürgerung« genannt, siehe AfD, Wahlprogramm, S. 23, www.tinyurl.com/afd-wahlprogramm-2017

32 Gideon Botsch, An der Seite der Juden?, Jüdische Allgemeine Zeitung, 22.9.2016, www.tinyurl.com/botsch-afd-judentum

33 Dieses und weitere Beispiele bei Jan Riebe, Wie antisemitisch ist die AfD?, Belltower News, 10.5.2015, www.tinyurl.com/riebe-afd-antisemitismus

34 Die »Protokolle der Weisen von Zion« behaupten eine »jüdische Weltverschwörung«. Sie wurden von der Geheimpolizei im zaristischen Russland verfasst. In Deutschland seit 1919 verbreitet, hatten sie großen Einfluss auf völkische Bewegungen und den Nationalsozialismus.

35 Wolfgang Benz, Die »Alternative für Deutschland« und der Antisemitismus, Bundeszentrale für politische Bildung, 26.7.2016, www.tinyurl.com/benz-afd

36 Jan Riebe, Wie antisemitisch ist die AfD?, www.tinyurl.com/riebe-afd-antisemitismus

37 Andreas Zick, Daniela Krause, Wilhelm Berghan, Beate Küpper, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2016, in: Gespaltene Mitte, Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016 hg. v. Ralf Melzer, Bonn, 2016, S. 44–45, www.tinyurl.com/mitte-fes

38 UNHCR, Forced Displacement in 2017, www.tinyurl.com/2017-unhcr

39 UNHCR, Forced Displacement in 2017

40 Deutscher Bundestag, Drucksache 19/32, 2017

41 Hans-Urlich Brandt, Weser Kurier, 2017, www.tinyurl.com/weserkurier-gauland

42 Spiegel Online/dpa, AfD-Vize Gauland will Asylrecht für Muslime aussetzen, Spiegel Online, 27.7.2016, www.tinyurl.com/spon-gauland-asyl

43 Pro Asyl, Afghanistan: Kein sicheres Land für Flüchtlinge, 2016, www.tinyurl.com/proasyl-afghanistan

44 AfD, Programm der Alternative für Deutschland (AfD) für die Wahl zum Euro-

- 45 Arbeitskreis Politik, Energiepolitik, AfD Wahlprogramm, Eine kritische Edition, 2016, www.tinyurl.com/akpolitik-afd-energie
- 46 HIE-RO Institut, Ist-Analyse zu Arbeitsplätzen und zur Wertschöpfung im Sektor Erneuerbarer Energien Rostock, 2015, Rostock, S. IV, www.tinyurl.com/hiero-erneuerbare
- 47 Greenpeace, Subventionen der Atomenergie – Bilanzierung der staatlichen Förderung von Atomkraft in Deutschland, 2010, S. 1, www.tinyurl.com/greenpeace-atomenergie
- 48 Deutscher Bundestag, Drucksache 19/2998, 2018
- 49 RBB, Kontraste, 2018, www.tinyurl.com/rbb-klima
- 50 Klimafakten.de, Was sagt die AfD zum Klimawandel? Was sagen andere Parteien? Und was ist der Stand der Wissenschaft?, 2016, www.tinyurl.com/klimafakten-afd-klimawandel
- 51 AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt, Wahlprogramm zur Landtagswahl am 13. März 2016. Wir für unsere Heimat, Landtagswahlprogramm der AfD Sachsen-Anhalt, S. 20, www.tinyurl.com/afd-sachsenanhalt-programm
- 52 Amadeu Antonio Stiftung, Nachfragen, Klarstellen, Grenzen setzen. Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD, Berlin, 2016, S. 4, www.tinyurl.com/umgang-afd
- 53 AfD-Landesverband Baden-Württemberg, Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg, Stuttgart, 2016, S. 19, www.tinyurl.com/afd-baw-pgr
- 54 dpa/jr, AfD-Abgeordnete warnen vor Selbstjustiz, Welt Online, 2018, www.tinyurl.com/frohnmaier
- 55 Maria Fiedler, AfD-Kollegen fordern Jens Maiers Rücktritt, Tagesspiegel, 2018, www.tinyurl.com/tagesspiegel-maier
- 56 Thomas Leif, Patrick Gensing, AfD-Straegiepapier: Provokation statt Problemlösung, 23.01.2017, www.tinyurl.com/tagesschau-strategiepapier
- 57 Unter anderem bei den Landesparteitagen in Sachsen und Baden-Württemberg, Zusammenstellung bei Belltower News, Monatsrückblick Januar 2017 Rechtspopulismus, 2017, www.tinyurl.com/belltower-jan2017
- 58 Sächsischer Landtag, Drucksachen 6/13730 und 6/12526, 2018.
- 59 Thüringer Landtag, Drucksache 6/1191, 2015.
- 60 Deutscher Bundestag, Drucksache 19/1640, 2018.
- 61 Deutscher Bundestag, Drucksache 19/1623, 2018.
- 62 Zeit Online, Sozialverbände entsetzt über AfD-Anfrage zu Behinderten, 2018, www.tinyurl.com/zeit-sozialverbaende
- 63 Jens Rosbach, AfD will Demokratie-Vereine Förderung entziehen, Deutschlandfunk, 2018, www.tinyurl.com/dlf-afd-anfragen
- 64 Andrea Röpke, Andreas Speit, Chatprotokolle der AfD, die tageszeitung, 2017, www.tinyurl.com/taz-afd-chat
- 65 die tageszeitung, der rechte rand, Apabip, Netzwerk AfD, 2018, www.tinyurl.com/netzwerk-afd
- Stand der Quellen: 9. Oktober 2018

Impressum

Herausgeberin:

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e. V.
Kraftwerk Mitte 32 / 01067 Dresden
info@weiterdenken.de / www.weiterdenken.de

Gestaltung: Nicole Riegert

3., stark überarbeitete Auflage, Stand 1. Oktober 2018
ISBN digital 978-3-946541-30-1

Copyright:

Das Dokument steht unter einer Creative Commons Lizenz (CC BY-NC-ND) <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>.

Es darf verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- Namensnennung – Sie müssen den Namen der Rechteinhaber (Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- Keine kommerzielle Nutzung – Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung – Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung der Rechteinhaberin: info@weiterdenken.de

Einnischung ist die
einzige Möglichkeit,
realistisch zu bleiben.

Heinrich Böll